65. Jahrgang. № 95. Freitag, 25. Februar 1921.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise: Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Anz. u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

# Die Kundgebung des Reichswirtschaftsrates.

## Die deutsche Entschlossenheit.

Der Reichswirtschaftsrat hatte seinen großen Tag. Eine letzte Sammlung galt es für den schweren Gang der Regierungsvertreter nach London; eine imposante einhellige Stellungnahme der berufensten Vertreter des gesamten deutschen Wirtschaftslebens wollte der Regierung noch einmal vor Augen führen, wie fest das Nein im deutschen Volke verankert ist, daß nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die gesamte deutsche Wirtschaft, um deren Sein oder Nichtsein es in erster Linie geht, den geeigneten Boden bilden, auf dem die Regierung feststehen kann zur Verteidigung des letzten Restes deutscher Freiheit und Selbständigkeit. So ist es nicht nur für den Minister, sondern für das ganze Volk ein erhebendes Gefühl, wenn der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates im Namen des ganzen Wirtschaftsparlaments die Frage an ihn richtet, ob er entschlossen sei, die einmütige, ablehnende Haltung des deutschen Volkes unerschütterlich und, wenn es sein muß, bis zum bitteren Ende zu vertreten. Und der Minister müßte doch wohl erst gefunden werden, der auf diese Frage nicht die richtigen Worte gefunden hätte. Dr. Simons hat sie gefunden. Zwar wurde die Rede des Ministers diesmal nicht mehr mit der atemlosen Spannung erwartet, wie seine Ausführungen im Reichstag. Das Volk hat sich daran gewöhnt, sein Schicksal in London zu erwarten. Daß es aber trotzdem heute noch, obwohl längst jedem die vielleicht furchtbaren Folgen einer entschlossenen Stellungnahme in London klar geworden sind, gerade durch den Mund der Vertreter der werktätigen Bevölkerung an der einhelligen Ablehnung des Versklavungsdiktats festhält, muß auch der schwächlichsten Regierung, und als die will ja Dr. Simons nicht gelten, den Rücken stärken. Der Minister hat sich diesmal ferngehalten von jener langatmigen historischen Entwicklung bis zu den Pariser Beschlüssen, die dem Eindruck seiner ersten Rede so abträglich war. Er kommt sofort zu einer offenen, rückhaltlosen Kritik des Diktats. Seine Betonung der deutschen Bereitschaft zur völligen Entwaffnung, obwohl wir uns bereits militärisch so ziemlich bis aufs Hemd ausgezogen haben, war zu erwarten. Ob sie gegen den Widerstand der bayrischen Einwohnerwehren möglich sein wird, steht auf einem anderen Blatt. Lebhafte Zustimmung erntete er dagegen mit seinem Appell an die deutsche Wirtschaft, ihn bei seinem Protest gegen die Ausdehnung der militärischen Ablieferungen auf rein wirtschaftliche Fabrik- und Geschäftsgeheimnisse, auf die Dieselmotoren und die Unterdrückung der deutschen Luftschiffahrt zu unterstützen. Der Minister gibt sich jedoch keineswegs der Hoffnung hin, daß die Entwaffnungsfrage überhaupt in London zur Verhandlung kommen wird.

Mit erfreulicher Deutlichkeit beleuchtete Dr. Simons dann den durch nichts begründeten törichten Optimismus der Entente über die nun zu erwartende starke Zunahme der deutschen Ausfuhr, und fand endlich das erlösende Wort zur Kennzeichnung der feindlichen Beschlüsse. Nicht Optimismus, nicht der Glaube an eine deutsche Wiederaufrichtung des deutschen Außenhandels sind die wahren Beweggründe, sondern einzig und allein die Furcht vor der deutschen Konkurrenz, der Wille, die deutsche Wirtschaft zugunsten der fremden Industrien zu zerrütten. Auf die Einsicht, daß die Niederwerfung des deutschen Wirtschaftslebens auch die Ententeländer in den Strudel der Vernichtung mit hineinziehen muß, wird Dr. Simons allerdings vergeblich hoffen. Die Alliierten wollen die deutsche Wirtschaft vernichten, und bis sie dies erreicht haben, noch so viel wie möglich aus Deutschland herauspressen. Insofern liegt hier kein Problem nach Art der Quadratur des Kreises vor. Diesem Vernichtungswillen gegenüber aber müssen wir den Lebenswillen des deutschen Volkes bis zum äußersten verteidigen. Es handelt sich dabei ja nicht nur um das allgemeine Recht der Selbsterhaltung, uns stehen hierbei auch durch den Vertrag ausdrücklich verbriefte Rechte zur Seite, die hervorzuheben, eine recht begrüßenswerte Tat des Ministers ist. Immer wieder müssen wir dem Haß eines Briand und der kalten rücksichtslosen Niederwerfungspolitik eines Lloyd George den Artikel 23 des Versailler Vertrages entgegenhalten, in dem den deutschen Arbeitern angemessene Arbeitsbedingungen garantiert werden. Hat man diesen Artikel wohl auch im Auge gehabt, als man uns zu neuen gewaltigen Kohlenlieferungen zwang, ohne daß die Prämie zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter in der bisherigen Höhe gewährt wird? Darum wird der Hinweis des Ministers gerade auf diesen Artikel auch in der Arbeiterschaft des lebhafteste Echo wecken.

Leider aber konnte auch diese Rede trotz ihrer vielen erfreulicher Momente nicht ohne eine bittere Pille vorübergehen. Bei der Behandlung der Gegenvorschläge mußte Dr. Simons das Eingeständnis machen, daß in der letzten Sitzung der Sachverständigen noch keine Einigung über die Gegenvorschläge erzielt werden konnte. Diese Erklärung erfährt leider eine gewisse Ergänzung durch die Meldung eines Dr. Simons nahestehenden Korrespondenten, der die aufsehenerregende Mitteilung macht, daß die deutschen Gegenvorschläge sehr weitgehende Zugeständnisse machen. Gewiß ist es richtig, daß die deutschen Gegenvorschläge, um überhaupt erst einmal Verhandlungen zu ermöglichen, die Bedürfnisse der Gegner in Rechnung ziehen, aber sie müssen ihre unverrückbare Grenze in der Leistungsfähigkeit und der Lebensfähigkeit des deutschen Volkes finden. Nie und nimmer dürfen wir aus einer falschen Taktik heraus, um die Gegner zu Verhandlungen zu ermutigen, über diese Grenze hinausgehen und Bedingungen vorschlagen, die wir später nicht einhalten können. Es ist durchaus verständlich, daß die Regierung von der alten diplomatischen Gepflogenheit, die Vorschläge nicht eher bekanntzugeben, als sie sich auch in den Händen der Verbandsvertreter befinden, nicht abgeht, aber das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß die Vorschläge der Sachverständigen, die allein eine Gewähr für die Erfüllbarkeit der Verpflichtungen bieten, berücksichtigt werden und daß über die von ihnen gezogenen Grenzen nicht hinausgegangen wird. Die Größe des Augenblicks verträgt auch die kleinste Schwäche nicht.

Gerade diese Erklärung aber macht es schwer, der Reichsregierung das Vertrauen entgegenzubringen, das Dr. Simons für sich fordert. Er wird nicht vergeblich an das Volk appellieren, ihm die Worte zuzurufen „Bleibe fest", schwerer wird dagegen der Zusatz: „Wir vertrauen, daß du fest bleibst". Gar zu oft ist das deutsche Volk schon enttäuscht worden. Dem „Unannehmbar" des Versailler Vertrages ist die Unterzeichnung, dem Spaziergang trotz seiner Unmöglichkeiten die Zustimmung erfolgt. Trotzdem hat aber das Volk diesmal wieder das Vertrauen auf die Festigkeit der Regierung, für die sich Dr. Simons mit seiner Person verbürgt hat. Er wird selbst bei der Anwendung der „Sanktionen", denen der Minister ebenso wie den übrigen Beschlüssen den Schein des Rechts, mit dem die Alliierten sie so gern umgeben, nimmt, das Volk entschlossen finden, eher diese unmenschliche Geißel auf sich zu nehmen, als sich unter das Joch zu beugen und die unmögliche „Wiedergutmachung" aller Kriegsschäden der 27 ehemals feindlichen Nationen zu versuchen.

Würdig und eindrucksvoll, wie sie begonnen, endete die erhebende Kundgebung des Reichswirtschaftsrats. Kein kommunistisches Lärmen störte die Rede des Außenministers, keine abschwächende Erklärung der Linksradikalen und keine mit Johlen und Schreien geführte Geschäftsordnungsdebatte eingeschleppter Moskau-Anhänger nahm dem Tage den Eindruck eines imposanten einmütigen Eintretens der gesamten deutschen Wirtschaft für die Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes. Nun ist es an Dr. Simons, in London dieses einhellige Vertrauen zu rechtfertigen.

# Die Rede des Reichsministers Dr. Simons.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 24. Febr. Reichsminister Dr. Simons fuhr in seiner Rede fort: Von der Reichsregierung ist bereits beschlossen worden, daß wir

### Gegenvorschläge

machen wollen. Wir haben uns große Mühe gegeben, diese ungeheuer schwere Aufgabe zu lösen, um mit praktischen Vorschlägen kommen zu können. Wir müssen dabei die Bedürfnisse unserer Gegner prüfen und versuchen, ihnen Genugtuung zu tun. Es handelt sich namentlich um das gewaltige Finanzbedürfnis Frankreichs, das sich schon ausdrückt in den außerordentlich hohen Summen, die Frankreich aus eigenen Mitteln für Reparationszwecke bereits aufgewandt hat, und dann aus dem schweren finanziellen Stand der französischen Staatsfinanzen. Dazu kommt aber als zweites eine große Sorge, die fast alle unsere ehemaligen Gegner erfüllt und die auch besonders Englands beirrt. Das ist die große Sorge um die deutsche Konkurrenz. Es liegt hier die alte Quadratur des Zirkels vor, mit der sich schon die Pariser Friedenskonferenz abgequält hat, daß man die deutsche Wirtschaftskraft als Konkurrenz ausschalten und als Arbeitsmaschine einspannen will. Wir dürfen aber nicht mehr für andere leisten, als es mit unserem eigenen Bestehen in Einklang zu bringen ist, und dafür haben wir eine vertragsmäßige Basis. Die Zusicherung im Schriftwechsel der Entente bestätigt, daß uns die Erfüllung des Friedensvertrages nicht so weit ruinieren darf, daß unserer Lebens- und Leistungsfähigkeit geschadet wird. Ueber diese Wirkung der Quadratur des Zirkels war man seitens der Sachverständigen immer noch geteilter Meinung. Ich habe vor kurzem die letzte Sitzung der Sachverständigen geleitet und

**die Einstimmigkeit in den Gegenvorschlägen nicht zu erzielen vermocht.**

Inzwischen haben wir aber die Anregungen des Sachverständigen-Ausschusses in engerem Kreise noch verfolgt, und wir sind dahin gekommen, der Reichsregierung in sich tragbarere und für die deutsche Wirtschaft erträglichere Vorschläge machen zu können, die auch die Bedürfnisse der Gegner berücksichtigen und sich in dem Maße halten, daß sie praktisch ausführbar sind. Darüber wird sich das Kabinett wahrscheinlich heute oder morgen schlüssig werden. Die letzte Sitzung mit den Sachverständigen ist auf Freitag berufen worden. Selbstverständlich werden wir unsere Gegenvorschläge nicht früher der Oeffentlichkeit unterbreiten können, als sie unseren Gegnern vorliegen. Wir werden allerdings denjenigen Vertretern des deutschen Volkes, die ein Recht darauf haben, die Mitteilung über die Gesamtheit unserer Vorschläge machen müssen, und dies soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses des Reichstages den Vertretern der Parteien gegenüber geschehen.

Der Minister bespricht sodann eine Auslassung der „Roten Fahne" und die einer württembergischen deutschnationalen Zeitung, in der der Regierung Schwäche gegenüber London vorgeworfen wird, und fährt fort: Das deutsche Volk darf sich nicht das Zeugnis ausstellen, die Regierung sei schlapp; dann glauben es die anderen auch. Worauf es der deutschen Regierung ankommt, ist, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit seiner Regierung zuruft: Bleibe fest, und wir vertrauen, daß du fest bleibst! Dann werden wir fest bleiben, davon können Sie überzeugt sein. Wir sind uns der Verantwortung wohl bewußt, die wir in London zu tragen haben. Mehr als je habe ich auf meiner Reise im deutschen Südwesten es Tag für Tag und Stunde für Stunde erfahren, daß die Männer, mit denen ich verhandelt habe, die Folgen eines Nein genau vor sich sehen. Sie sind nicht nur geneigt, darüber nachzudenken, sondern auch, diese Folgen auf sich zu nehmen. (Beifall.) Ich habe ihnen das Durchdenken nur erleichtert und mir Mühe gegeben, ihnen die Konsequenzen zu zeigen, die uns zwar noch nicht offiziell angedroht sind, aber doch schon vorausgesehen werden können.

**Ich benutze die letzte Gelegenheit, vor der deutschen Oeffentlichkeit nochmals meiner festen Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß es gegen Vertrag und Recht verstößt, wenn eine Ablehnung überhaupt zu „Sanktionen" Anlaß geben würde. (Lebh. Zustimmung.) Vorschläge sind dazu da, angenommen oder abgelehnt zu werden. Dieses Recht ist auch durch den Vertrag von Versailles berücksichtigt, wonach Reparationen oder Sanktionen erst in Frage kommen können, wenn festgestellt ist, daß wir unsere Verpflichtungen nicht erfüllen. Diese Verpflichtungen sind uns aber noch nicht einmal mitgeteilt worden in der Form, daß sie als Entschluß von uns anzusehen sind, und ohne daß wir gezeigt hätten, daß wir sie prüfen.**

**Die Herren von drüben lassen sich jahrelang Zeit, um ihre Bedingungen zusammenzustellen. Uns werden aber nur ein paar Tage Zeit gelassen, um unserseits Stellung dazu zu nehmen.**

(Sehr richtig.) **Also ich erkläre: Meine Ueberzeugung geht dahin, daß Sanktionen noch nicht zu erwarten sind, wenn es nach Recht und Billigkeit geht, aber andererseits erkläre ich, daß sich manche Anzeichen wahrnehmen lassen, daß eine Ablehnung der Vorschläge von Paris als Widerspenstigkeit Deutschlands aufgefaßt und zu Sanktionen führen werden.**

Ich habe die wirtschaftlichen Folgen dieser Sanktionen mit den Ministern der Länder, die ich besuchte, ausführlich durchgesprochen und ich nehme an, daß sie auch dem Reichswirtschaftsrat durchberaten werden. Sie sind schwer für die deutsche Wirtschaft, insbesondere infolge der Verweisung zusammenliegender Wirtschaftsgebiete oder Unterstellung deutschen Gebietes, das bisher frei war, unter fremde Herrschaft. Es kann nicht die Aufgabe der deutschen Delegierten in London sein, den Eindruck zu erwecken, daß wir leichtherzig über diese Gefahr hinweggehen, sondern zu betonen, daß wir den guten Willen haben, mitzuarbeiten an den gemeinsamen Plänen des Wiederaufbaues. Aber der Wiederaufbau muß anders gemacht werden.

**Es ist nicht menschenmöglich, daß ein Volk den ganzen Schaden wiedergutmacht, der 27 anderen Völkern geschehen ist.**

(Bebh. sehr richtig.) Wer das glaubt, täuscht sich selbst und das eigene Volk. Man hat ja das Ungeheuerliche dieser Forderungen eingesehen. Man hat dem Friedensvertrag eine Form des Strafurteils gegeben. Ein solches Strafurteil haben wir unterschrieben. Wir hoffen aber, daß eine Zeit kommen wird, wo dieses Verfahren wieder aufgenommen wird, wo unsere Feinde einsehen, daß die Voraussetzungen und daß die Folgerungen unrichtig sind, daß sie auch für unsere Feinde selbst schädlich sind. Die deutsche Regierung hat das Programm, trotzdem den Friedensvertrag in den Grenzen des möglichen auszuführen. Wie weit diese Grenzen gehen, haben wir geprüft. Sie gehen nicht annähernd so weit, wie unsere Gegner glauben. Es handelt sich hier um eine gemeinsame Aufgabe der ganzen Kulturmenschheit, für alle, die am Kriege beteiligt waren, ja selbst die, die nur Zuschauer waren, müssen mitarbeiten. Die Reparation ist nicht nur eine wirtschaftliche, sie ist eine geistige Aufgabe, die von einer neuen Auffassung des Verhältnisses zwischen den Völkern durchdrungen sein muß. Man darf nicht verharren auf der Androhung von Sanktionen. Das ist nicht die Form, in der wir die Welt von den Folgen des Krieges befreien können. (Sehr richtig.) Ueber die Internationalität der Aufgabe liegt jetzt die besondere Aufgabe London gegenüber vor.

Das deutsche Volk schickt seine Leute vor den Feind. Solange sie dort stehen, muß die deutsche Heimat geschlossen stehen. Wir müssen uns hüten, auch wohlberechtigte Anklagen bis zum Streite und Hader auszufechten. Wir müssen unserer Politik und unserer Wirtschaft eine Schonzeit auferlegen, damit wir nicht durch unerwartete und unüberlegte Streithandlungen abgeschwächt und in der Aktionsfähigkeit gefährdet sind. Ich warne, den Kampf in dieser Zeit auf die Spitze zu treiben. Ich warne vor allem — und da unterstreiche ich das, was ich heute in der deutschen Presse gelesen habe — vor unbedachten politischen Abenteuern, wie sie noch von mancher Seite gehegt werden. Dieses Abenteuer wird sich keine Regierung gefallen lassen. Ich werde das Meinige tun, jeden Versuch unnachsichtlich niederzuschlagen. Wir brauchen eine Zeit des Aufatmens für unsere Wirtschaft, eine Sicherheit dafür, daß uns die Gegner nicht selbst die Möglichkeit zunichtenden schlagen, ihnen bis an die Grenze des Möglichen für ihre Bedürfnisse behilflich zu sein. Wenn der Reichswirtschaftsrat der Regierung Unterstützung verleiht, so werde ich persönlich ihm von Herzen dankbar sein. **(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)**